

# Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser

• ZIF , Postfach 101103, 34011 Kassel •

**Postfach 101103  
34011 Kassel**

**www.zif-frauen.de**

**E-mail: [info@zif-frauen.de](mailto:info@zif-frauen.de)**

**Tel/Fax: 0561-820 30 30**

Mo 14.00 – 17.00 Uhr

Mi und Do 10.00 – 14.00  
Uhr

## **Stellungnahme zu den Kürzungen, Streichungen und Umstrukturierungen bei den Frauenhäusern, Notrufen für vergewaltigte Frauen und Beratungsstellen**

Mit Empörung, Fassungslosigkeit und großer Sorge haben wir den Beschluß des Hamburger Senats zur Kenntnis nehmen müssen, die Zuschüsse für das älteste Hamburger Frauenhaus zum 1. Januar 2004 auf Null zu setzen und damit das Aus dieses frauenparteilich nach feministischen Grundsätzen arbeitenden Schutzhauses für misshandelte Frauen und ihrer Kinder zu riskieren und zu beabsichtigen.

Der Senat schließt sich damit einer im ganzen Bundesgebiet vorangetriebenen Entwicklung an, die die flächendeckende Unterstützungsstruktur für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder immer löchriger werden läßt, schon jetzt nicht mehr allen Frauen unbürokratischen Schutz, Unterstützung und Beratung bietet und damit für betroffenen Frauen und Kinder im wahrsten Sinne des Wortes lebensgefährlich sein kann.

In den zurückliegenden dreissig Jahren konnten von der FrauenLesbenbewegung gegen und trotz vielfältiger Widerstände eine tragfähige Infrastruktur von Frauenprojekten und Selbsthilfeorganisationen für von Gewalt betroffene Frauen, Mädchen und Jungen geschaffen werden.. Auch wurde auf Druck der Frauenbewegung die Einrichtung eines längst überfälligen Gewaltschutzgesetzes erreicht. Doch darf all dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die gesellschaftlichen Strukturen, die diese Gewalt erzeugen, unterstützen und dulden, nicht verändert wurden. Männergewalt ist trotz der Zufluchts- und Beratungseinrichtungen und auch nach dreißig Jahren Frauenbewegung ein ungelöstes Problem, welches die Lebenssituation von unzähligen Frauen und Kindern prägt und unermesslichen physischen, psychischen und ökonomischen Schaden anrichtet. Gewalt gegen Frauen rangiert in der traurigen Statistik über Menschenrechtsverletzung auf Platz 1 und das weltweit.

Nach neuesten Schätzungen erleben etwa 22 % aller Frauen Gewalt in einem gesundheitsbeeinträchtigenden Ausmaß.

Die Trennungszeit ist die gefährlichste Zeit für Frauen und Kinder. In dieser Zeit eskaliert häufig die Gewalt ihrer Mißhandler. Nachstellungen, Psychoterror, Drohungen, Einschüchterungen, Entführungen und massive Gewaltanwendungen bis hin zum Mord können die Folgen sein. Mord ist die häufigste Todesursache bei Frauen im Alter zwischen 15 und 44 Jahren.

Die ebenfalls extrem gewaltbesetzten Bereiche von Frauenhandel zum Zweck der Arbeitsklaverei und der Zwangsprostitution zählen seit längerer Zeit zu den gewinnträchtigsten und gesellschaftlich geduldeten Wachstumsindustrien.. Tendenz steigend!

Derweil die Arbeit der Anti-Gewalt-Projekte, die in einem hohem Maße von einer ausreichenden Finanzierung durch Steuergelder abhängig ist, bereits in der Vergangenheit über die jeweiligen Förderrichtlinien mehrfach von prozentualen Kürzungen, Personalabbau und Eingriffen in die inhaltliche Arbeit beschnitten wurde. Immer weiter ansteigende Selbstkostenanteile für die Bewohnerinnen von Frauenhäusern, die Vorlage von Kostenübernahmebescheinigung der jeweiligen Herkunftsorte, das strikte Festhalten an der „Residenzpflicht“ für Frauen mit Duldungen, das Verbot der Kostenträger Frauen aus anderen Landkreisen und Bundesländern aufzunehmen, die Beschränkung der Aufenthaltsdauer in zahlreichen Frauenhäusern, hat die Hürden für Frauenhausaufenthalte vielerorts immer höher gelegt. Sie sind für zu viele Frauen ungeachtet ihrer Bedrohungen bereits jetzt unüberwindbar.

Die Situation verschärft sich nun nochmals massiv.. Bundesweit mußten bereits zahlreiche Notrufe für vergewaltigte Frauen, Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser ihre Arbeit einstellen. Allein in Hessen wurden von der Landesregierung ohne jegliche Vorankündigung insgesamt acht Frauenhäuser die Zuschüsse auf Null gekürzt.. In Niedersachsen drohen durch die Kommunalisierung der Landesgelder und die damit verbundenen Umstrukturierungen ebenfalls die Schließungen von Frauenhäusern, Notrufen und Beratungsstellen.

Gewaltopfer werden in einer sich zunehmend ökonomisierenden und auf Effektivität und Effizienz setzenden Gesellschaft lediglich als lästige Kostenverursacherinnen angesehen. Darüber wird Ursache und Wirkung verwechselt und erneut die Opfer für die Taten der Mißhandler verantwortlich gemacht und das gesellschaftliche Problem der Männergewalt gelegnet.:

Immer wieder werden die Kürzungen und Streichungen mit dem Verweis 1. auf die entleerten Kassen und 2. auf das Gewaltschutzgesetz und deren entlastende Funktion und 3. auf den an einigen Orten entspannten Wohnungsmarkt von den Finanzierungsträgern öffentlich gerechtfertigt. Der Verweis auf die leeren öffentlichen Kassen, die es angeblich nicht mehr ermöglichen können von Gewalt betroffene Frauen und Kindern ausreichende und unbürokratische Schutz- und Beratungsmöglichkeiten zu bieten, scheint zynisch vor dem Hintergrund steigender Rüstungsausgaben der Bundesrepublik Deutschland und ist eine Frage der Inneren Sicherheit und der gesellschaftspolitischen Prioritätensetzung !

Auch das von zahlreichen Anti-Gewaltprojekten seit Jahren geforderte und nun von der Politik als Durchbruch gefeierte Gewaltschutzgesetz wird immer häufiger zur Einbahnstraße und zum alternativlosen Einschluß der von Gewalt betroffene Frauen in den ehelichen Wohnungen umgebaut . Im Windschatten des Sozialstaats-Abbaus, erweist es als zerstörerischer Bumerang für das Netzwerk an Unterstützungsangeboten. Doch das Gewaltschutzgesetz und die Möglichkeit der polizeilichen Wegweisung der Täter haben die Frauenhäuser und die Beratungsstellen keineswegs überflüssig gemacht, wie in letzter Zeit gerne suggeriert wird. Die Auslastungszahlen sprechen eine andere Sprache!

Frauenparteilich arbeitende Frauenhäuser und Beratungsstellen waren und sind mehr als ein lebensnotwendiges Schutzdach. Sie sind für viele Frauen und Kinder der Ort eines Neuanfanges ohne den Mißhandler, ein Ort der Solidarität und (gegenseitigen) Unterstützung und vor allem auch ein Ort die lange ertragene und erlebte Isolation und eingeschlossene Angst aufzubrechen.

Von Gewalt betroffene Frauen müssen die Entscheidungshoheit darüber haben, welche Form des Schutzes und welche Form der Unterstützung für sie die geeignete ist. Das Selbstbestimmungsrecht darf ihnen nicht erneut aus der Hand genommen werden.

Sie müssen selbst entscheiden können, ob und in welche Stadt sie ausweichen wollen/müssen, um sich vor weiteren gewalttätigen Übergriffen zu schützen und ein angstfreies Leben leben zu können.

Dabei muss sichergestellt sein, dass ihre Flucht vor Männergewalt nicht bereits im Vorfeld an bürokratischen, finanziellen und ausländerrechtlichen Hürden scheitert!

Dabei muss sichergestellt sein, dass die Folgekosten ihrer Flucht vor Männergewalt nicht von ihnen selbst zu finanzieren sind, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe darstellt.

Dabei muss sichergestellt werden, dass der Schutz und die Unterstützung der Gewaltopfer oberste Priorität hat und alle vorhandenen Einrichtungen und Projekte ausreichend institutionell und damit jenseits der Einzelfallabrechnung finanziert werden!

**Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf die logische Reihenfolge einzuhalten:  
Erst muss die Männergewalt beseitigt und abgeschafft werden und dann können die Frauenhäuser und Beratungsstellen ihre Arbeit einstellen.**

Wir fordern alle gesellschaftlichen Kräfte auf, sich den Protesten der Frauenprojekte anzuschließen, sie aktiv zu unterstützen (auch durch eigene Protestbriefe und Stellungnahmen) und den Kahlschlag im Netz der Schutz- und Unterstützungsmöglichkeiten für von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder gemeinsam zu verhindern..

Wir fordern die PolitikerInnen aller Parteien auf, dieser frauenfeindlichen und Gewalt fördernden Politik nicht zu stimmen und sich für den Erhalt und die ausreichende Finanzierung der bestehenden Unterstützungsnetze für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder einzusetzen!

September 2004